№ 26
A 14
Morgen-Ausgabe

Berlin

Freitag, 16. Januar 1925

V

Vossische Zeitung

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: „Musikblatt" — „Recht und Leben" — „Umschau in Technik und Wirtschaft" — „Für Reise und Wanderung" — „Literarische Umschau"

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark. mm-Zeile 25 Pfg., Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfg. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Das Kabinett Luther gebildet.

Ernennung durch den Reichspräsidenten / Saemisch lehnt ab / Drei Ministerposten noch unbesetzt / Heute Regierungserklärung im Reichstag.

Die amtliche Ministerliste.

Gestern abend 9½ Uhr wurde folgende amtliche Meldung ausgegeben:

„Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Luther zum Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die nachstehenden Herren zu Reichsministern ernannt:

Reichsminister des Auswärtigen: Dr. Stresemann, M. d. R.

Reichsminister des Innern: Martin Schiele, M. d. R.

Reichsminister der Finanzen: Noch unbesetzt.

Reichswirtschaftsminister: Neuhaus, Ministerialdirektor a. D.

Reichsarbeitsminister: Dr. Brauns, M. d. R.

Reichswehrminister: Dr. Geßler.

Reichspostminister: Stingl.

Reichsverkehrsminister: Noch unbesetzt.

Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: Graf v. Kanitz.

Das Reichsjustizministerium ist dem Oberlandesgerichtsrat Schumacher, Mitglied des Reichsrats, angeboten worden, der auch gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete betraut werden soll. Die Verhandlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen worden."

Die Umbesetzung des Justizministeriums ist dadurch notwendig geworden, daß Oberlandesgerichtspräsident Schollen, dem es zuerst angeboten worden war, aus persönlichen Gründen es ablehnte. Für das Finanzministerium glaubte Dr. Luther Herrn Dr. Saemisch bereits endgültig gewonnen zu haben, Dr. Saemisch hat aber gestern abend noch gebeten, von seiner Ernennung Abstand zu nehmen. Er zieht es vor, Präsident des Oberrechnungshofes zu bleiben. Heute nachmittag wird das Kabinett Luther zu seiner ersten Beratung zusammentreten, die naturgemäß der Formulierung der Regierungserklärung gewidmet sein wird.

Die heutige Sitzung des Reichstages beginnt um 6 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Man hört, daß Dr. Luther sich in seiner programmatischen Erklärung möglichst kurz halten will. Wenn es erforderlich sein sollte, wird noch der Außenminister in die politische Debatte eingreifen.

Nach der Rede des Reichskanzlers Dr. Luther soll die heutige Sitzung abgebrochen werden und die politische Aussprache am Sonnabend um 12 Uhr beginnen, damit morgen alle größeren Parteien zu Worte kommen können. Da zwei Rednerreihen zugelassen werden sollen, wird die politische Aussprache kaum vor Montag abend beendet werden können. Ihren Schluß soll die Abstimmung über einen von den Regierungsparteien eingebrachten Billigungsantrag bilden, der dahin lauten soll, daß der Reichstag die Erklärungen der Regierung billige. Auf ihre Forderung nach einem formellen Vertrauensvotum haben die Deutschnationalen gestern, wie vorauszusehen war, endgültig verzichtet. Es steht fest, daß die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei für diesen Antrag geschlossen stimmen werden, vermutlich auch die Bayerische Volkspartei, obwohl sie verstimmt darüber ist, daß sie lediglich durch den ihnen politisch nahestehenden Reichspostminister in dem Kabinett vertreten sind. Sie hätten gern auch noch einen parlamentarischen Vertrauensmann in der Regierung gehabt.

Das Zentrum wird wohl größtenteils für den Billigungsantrag stimmen, der linke Flügel sich der Stimmabgabe voraussichtlich enthalten. Das gleiche werden die Demokraten tun, die trotz scharfer Ablehnung des Reichskabinetts Luther erst die Taten der neuen Regierung abwarten wollen, ehe sie sich der Anwendung des schärfsten parlamentarischen Mittels bedienen. Enthalten werden sich auch die Nationalsozialisten. Dagegen nimmt man an, daß die Wirtschaftspartei, die bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung von Dr. Luther gar nicht berücksichtigt worden ist, trotzdem für den Billigungsantrag stimmen wird. Geschlossen dagegen stimmen werden die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Daß von den Parteien der Linken auch ein Mißtrauensantrag eingebracht werden wird, scheint ziemlich sicher zu sein.

Der Fall Neuhaus.

Die Deutsche Liga für Menschenrechte behauptet in einem Schreiben an den Reichspräsidenten, daß der als Reichsminister in Aussicht genommene frühere Ministerialdirektor Neuhaus seinerzeit nicht nur den Eid auf die Verfassung verweigert, sondern auch als Ehrenvorsitzender des Deutschnationalen Jugendbundes (Ortsgruppe Hansa) die Verbindung zwischen dem später wegen Teilnahme an der Ermordung Rathenaus verurteilten „Leutnant" Günther und dem General Ludendorff vermittelt habe. Ferner sei er an dem berühmten „Restabend" des Deutschnationalen Jugendbundes am 24. Juni 1922 zugegen gewesen, auf dem Günther als Mörder Rathenaus gefeiert wurde. (Beweismaterial: amtliches Stenogramm des Rathenau-Prozesses.)

Dazu meldet das W. T. B.: Her Neuhaus ist bei der Gründung der Ortsgruppe Hansa des Deutschnationalen Jugendbundes Ende 1918 zum stellvertretenden Altersvorsitzenden gewählt worden und hat diese Tätigkeit bis Anfang 1921 ausgeübt. Als solcher ist er nur zweimal in der Oeffentlichkeit aufgetreten, und zwar einmal als Leiter einer Hindenburg-Geburtstagsfeier im Oktober 1919. An dieser Feier, die ohne jede Störung verlief, nahm General Ludendorff teil. Ferner hat Herr Neuhaus Ende 1920 eine Fahnenweihe der Ortsgruppe Hansa geleitet.

Das Verhalten des Günther bei dieser Veranstaltung ist von Herrn Neuhaus scharf gerügt worden. Das inkorrekte Benehmen des Günther, von dem Herr Neuhaus schon vor seinem Ausscheiden aus dem Vorstande sowohl die jugendlichen Mitglieder des Bundes wie auch deren Eltern wiederholt gewarnt hat, war die Veranlassung des Ausscheidens des Herrn Neuhaus aus dem Vorstand. Herrn Neuhaus ist darüber, daß ein „Restabend" zur Verherrlichung des Rathenau-Mordes stattgefunden habe, nicht das geringste bekannt. Dagegen ist ihm bekannt, daß Günther schon vor dem Rathenau-Morde aus der Ortsgruppe Hansa des Deutschnationalen Jugendbundes ausgeschlossen worden ist.

„Schwerste Bedenken".

Beschluß der Demokraten.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat gestern über ihre Stellung zur Regierungsbildung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Die deutschdemokratische Fraktion billigt, daß der Vorsitzende die Entsendung eines Vertrauensmannes in das Kabinett Luther abgelehnt hat. Sie steht dem Kabinett mit den schwersten Bedenken gegenüber und behält sich ihre Stellung zu der Regierungserklärung vor."

Zentrumsstimmen gegen Luther.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

hb **Köln**, 15. Januar.

Die „Rheinische Volkswacht", das offizielle Organ der Kölner Zentrumspartei, wendet sich heute abend mit auffallender Schärfe gegen die anscheinend endgültige Zusammensetzung des neuen Kabinetts. Sie beklagt diese Lösung und schreibt wörtlich:

„Es wird der Zentrumsfraktion des Reichstages schwer werden, diese Entscheidung in der Wählerschaft als unumgänglich zu beweisen. Die Wähler werden die Entscheidung nicht zu vereinbaren wissen mit dem, was unserem Marx bei den Anstrengungen um die Regierungsbildung angetan worden ist, nicht zu vereinbaren wissen mit dem jüngsten Fraktionsbeschlusse, nicht mit dem einmütig ausgesprochenen Willen des Reichsparteitages, der jetzt als mißachtet erscheint; denn nichts hat sich ereignet, was diesem Beschluß den Boden genommen hätte, im Gegenteil, vieles, was seine fortdauernde Berechtigung bewiesen hat. Die Zentrumswählerschaft wird in ihrer Mehrheit mit uns diesem Kabinett mit dem größten, berechtigten Mißtrauen gegenüberstehen."

Das „überparteiliche" Kabinett.

In einer hochpolitischen Situation des Reiches, während die Kölner Zone nicht geräumt wird, die neugewonnene Handelsvertragsfreiheit zu allerhand Provisorien führt, endgültige Regelungen auf Monate vertagt sind, alles wirtschaftliche Dasein wieder in Unruhe versetzt wird, haben wir uns den Luxus einer Kabinettskrise von vier Wochen gestattet, mit dem Ergebnis, daß wir ein Uebergangskabinett mit allen Anzeichen eines solchen erhalten haben.

Man vergegenwärtige sich die Hergänge der letzten Zeit: Erst wird ein Parlament nach nur siebenmonatiger Existenz aufgelöst, um den Versuch zu einer klaren Mehrheitsbildung zu machen; dann findet ein erbitterter Wahlkampf statt, in dem das Volk sich unzweifelhaft zu einer Fortsetzung der äußeren wie der inneren Politik der bisherigen Regierung der Mitte bekennt. Jedermann, der sich noch gesunden politischen Sinn bewahrt hat und das Wesen demokratischer Regierungsformen begriffen hat, erwartet eine rasche Bildung des Kabinetts, entweder im Rahmen der Großen Koalition oder doch wenigstens auf dem Boden der verfassungstreuen Mitte. Nun aber beginnt das frevelhafte Spiel, das große Feilschen, das erstaunliche Abbröckeln, das Unsicher- und Schwankendwerden. Die Deutsche Volkspartei, die dem deutschen Volk, nach dem sie sich überkühn nennt, im Verlaufe des letzten Jahres fünf Krisen beschert hat, begibt sich, unter Verbrennung alles dessen, was sie, vor allem in Preußen, Jahre und Jahre getrieben, gedeckt und gefördert hat, ins Schlepptau der Deutschnationalen und erhebt die Krisenmacherei zum Prinzip. Das große Kapital der moralischen Persönlichkeit Marx' wird verbraucht, Intrige wird ständig mit Politik verwechselt; ein wüster Kampf um die Macht beginnt; es ist, als lebten Teile des Parlaments nur noch in Fiktionen, ohne die Realitäten des Lebens, ohne den „Mann auf der Straße", seine Leiden und Nöte, ohne das Rheinland und seine Bewohner zu sehen. Je schärfer die außenpolitische Situation zu einer energischen und schnellen Regierungsbildung drängte, desto lauter wurde das Treiben der Krisenmacher. Ihre Erschöpfungstaktik bewährte sich: allmählich, nachdem alle vernünftigen politischen Kombinationen verwirtschaftet waren, schälte sich, wie das in Deutschland in solchen Fällen üblich zu sein scheint, der Gedanke eines „unpolitischen Kabinetts" aus dem Chaos heraus.

Lassen wir die Phrase vom unpolitischen Kabinett einmal beiseite und sehen wir zu, was wirklich ist: das Kabinett Luther ist ein kaum schamhaft verhülltes Kabinett der Rechten, das sich weder auf die innere Einstellung des Volkes, noch auf die Parteien, noch auf Ideen von großer politischer Weitsicht stützt, sondern im Grunde in der Luft hängt, eine Verlegenheit, ein Symptom momentaner Erschöpfung. Politisch betrachtet ist es doch eigentlich ein Unding, daß ein Mann wie der neue Reichskanzler Dr. Luther, der sich bewußt und ausgesprochenermaßen nach seiner ganzen beruflichen Herkunft wie nach seinen persönlichen Neigungen von rein politischen Fragestellungen möglichst fern gehalten hat, politischer Führer in einem hochpolitischen Augenblick für die Nation sein soll. Luther war nach seiner ganzen politischen Tätigkeit ein ausgesprochener Fach- und Ressortminister; man sprach sogar von einer gewissen Neigung zum Fiskalismus. Politisch betrachtet, ist das Kabinett Luther im Grunde ein Kabinett Stresemann, ohne daß Stresemann die Verantwortung trüge. Erstaunlich ist weiter für den ruhigen Betrachter der Dinge, daß ein ausgesprochener Gegner der heutigen Staatsform, der neue deutschnationale Reichsminister Martin Schiele, das schließlich doch nicht ganz unpolitische Reichsinnenministerium übernimmt. Es ist schließlich auch nicht ohne Pikanterie, daß der bisherige Vertreter der Demokraten im Kabinett, Herr Geßler, nur noch für seine Person, nicht mehr für seine Fraktion, nicht mehr als Exponent des Willens der demokratischen Wählerschaft dem Kabinett angehören wird. Aus dem alten Ministerium bleibt neben Herrn Stresemann nur noch Herr Dr. Brauns. Alle anderen Minister sind, wie der schöne Ausdruck lautet, „den Parteien politisch nahestehende Fachminister". Auch hierbei ist wieder eine Pikanterie zu bemerken: der voraussichtliche neue Wirtschaftsminister, Ministerialdirektor a. D. Neuhaus, hat seinerzeit den ihn als Charakter ehrenden Entschluß gefaßt, lieber auf sein hohes Staatsamt zu verzichten, als den Eid auf die Verfassung ab-